

Protokoll über die Sitzung Nr. 3/2022 des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 10. Oktober 2022, 14:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Beigeordnete Christina Heide

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Stellv. Ausschussmitglied Anja Mandt

Beigeordneter Jens Stoffers

Mitglieder Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Ulf Berner

Beigeordneter Martin Burkhart

Mitglieder Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

Mitglied Gruppe FDP/FW

Stellv. Ausschussmitglied Michael Kiesewetter

Es fehlten entschuldigt

Ausschussmitglied Volker Block

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Dezernenten

Stadtrat Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Elke Schute - Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement

Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination

Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Alexandra Jürgens - Fachbereich Rechnungsprüfungsamt

Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

als Gäste

Michael Diers – Geschäftsführer Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Alexander Leonhardt – Geschäftsführer Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Oliver Pommerenke - Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

Helga Weinstock - Ratsmitglied

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|-------|---|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 3.1 | Verkauf der Gebäude Peterstraße 126, 126a, 126b (Erbbaurecht) | 240/2022 |
| 3.2 | Wirtschaftsplan GGS Ausführung 2022 – Vorbereitung 2023 | 267/2022 |
| 3.3 | 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022 | 282/2022 |
| 3.4 | Vorbereitung des Verkaufs des Grundstücks Grenzstr. 24 (alte Stadthalle) und Errichtung einer neuen Stadthalle | 265/2022 |
| 3.5 | Einrichtung einer Beschwerdestelle für Pflegekinder gem. § 37b Abs. 2 KJSG | 249/2022 |
| 3.6 | Geschäftsstelle Prävention - Zuschuss zu den Sach- und Personalkosten des Vereins zur Förderung der kommunalen Prävention (VKP) in Wilhelmshaven für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2023 | 251/2022 |
| 3.7 | Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung einer Beratungsstelle zu Impfnebenwirkungen | 550/2022 |
| 3.8 | Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: Sanierung und Ausbau Pumpwerk | 556/2022 |
| 3.9 | gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: „Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“ | 557/2022 |
| 3.10 | Antrag CDU-Fraktion: Umwidmung Stelle Tourismuskonzept | 562/2022 |
| 3.11 | Antrag WIN@WBV-Fraktion: "Beauftragung eines geeigneten Dienstleisters für die Begleitung der Erstellung wesentlicher Grundlagen für ein Kulturentwicklungskonzept" | 568/2022 |
| 4 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 4.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 278/2022 |
| 5 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 5.1 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |
| 5.1.1 | Zukunft des Fachbereiches 03 - Wirtschaft und Regionalmanagement | |
| 5.2 | Strukturwandel | |
| 5.3 | Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung | |

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Tönjes kritisierte die öffentliche Informationsvorlage über den Verkauf des Gebäudes Peterstraße 126, 126a und 126b. Die Vorlage enthalte nicht genügend Informationen und eine Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung sei falsch.

Herr Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass die Verwaltung zu diesem Thema mehrmals ihre Rechtsauffassung kundgetan habe und sich diese nicht ändern wird, daher werde man das Thema nicht mehr kommentieren.

Herr Becker merkte an, dass es nicht sinnvoll sei dieses Diskussion in jeder Sitzung zu führen.

Die Tagesordnung wurde mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung festgestellt.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Verkauf der Gebäude Peterstraße 126, 126a, 126b (Erbbaurecht)

240/2022

Herr Marušić erläuterte kurz den Sachverhalt. Der in Frage kommende Anbieter habe vor dort eine Kindertagesstätte zu errichten.

Frau Weinstock erkundigte sich, warum aus den Gebäuden nicht wieder eine Grundschule gemacht werde.

Herr Marušić erklärte, dass sich der Raumbedarf bei Schulen enorm verändert habe, so dass eine Schule in diesen Gebäuden nicht sinnvoll sei.

Auf Wunsch von **Herrn Burkhardt** erklärte **Herr Marušić**, dass im Angebot des Bieters die Nutzung der Gebäude als Kindertagesstätte festgelegt worden sei und man dies dann vertraglich festhalten werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Schön** berichtete **Herr Marušić**, dass noch kein konkretes Raumkonzept vom Bieter vorliege.

Beschluss: -Beschluss in nichtöffentlicher Sitzung-

Beabsichtigt ist der Verkauf der ehemaligen Grundschule in der Peterstraße mit den Hausnummern 126, 126a und 126b bestehend aus einem Schulgebäude, einem Wohnhaus und einem Nebengebäude (WC) mit einer Gesamtnutzfläche von 2.787 m² auf dem Flurstück 2081/46, Flur 9, Gemarkung Rüstringen an dem im Rahmen des Bieterverfahrens ausgewählten Bieter bzw. eine von diesem noch zu gründende Besitzgesellschaft.

Darüber hinaus wird der Abschluss eines entsprechenden **Erbbaurechtsvertrags** für das o. g. Flurstück mit einer Gesamtfläche von 6.219 m² angestrebt.

3.2 Wirtschaftsplan GGS Ausführung 2022 – Vorbereitung 2023

267/2022

Herr Marušić erläuterte, dass die Baukosten bei allen Projekten deutlich höher ausfallen als geplant, daher müssten nun Projekte zur Deckung der Mehrkosten verschoben oder verändert werden. Ohne diesen Beschluss sei es aktuell nicht möglich die angefangenen Projekte fortzuführen.

Aufgrund der weitreichenden Auswirkungen schlug **Herr Marušić** vor, dass aus der Politik ein Änderungsantrag gestellt werde, mit dem der zweite und dritte Satz in der Vorlage gestrichen wird. Somit würden nur Änderungen für das Haushaltsjahr 2022 beschlossen und die Themen aus dem Haushaltsjahr 2023 könnten nochmal in den Fachausschüssen diskutiert werden. Er betonte, dass keine finanziellen und personellen Kapazitäten für alle Projekte vorhanden seien.

Herr Schön kritisierte die Verschiebung beziehungsweise Aussetzung der Maßnahme Grundschule Rheinstraße, der Musikschule und der Kopperhörner Mühle. Die personellen Kapazitäten seien kein Argument mehr, schließlich habe man für die Personalentwicklung extra einen Mitarbeiter eingestellt. **Herr Schön** verkündete, dass sich die SPD zunächst enthalten werde.

Herr Marušić entgegnete, dass es sich bei der Kopperhörner um eine Unterhaltungsmaßnahme handelt und diese nicht investiv sei. Das Projekt werde bald fortgeführt.

Herr Oberbürgermeister Feist konnte die genannte Kritik verstehen, leider müssten jedoch aktuell Prioritäten gesetzt werden. Er betonte, dass aktuell massiv im Bildungsbereich investiert werde.

Herr Schönfelder teilte mit, dass ein Gespräch mit der Schulleitung der Grundschule Rheinstraße stattgefunden habe und man sich geeinigt habe, dass im Rahmen der Schulentwicklungsplanung über die Maßnahme entschieden werden sollte. Denn der genaue Raumbedarf sei von der Schulentwicklungsplanung abhängig.

Herr Heinemann stellte darauf einen Änderungsantrag, dass der zweite und dritte Satz der Beschlussvorlage gestrichen wird.

Frau Mandt sprach sich dafür aus.

Herr Burkhardt sprach sich gegen die Beschlussvorlage aus. Die Entscheidungen über das Projekt Grundschule Rheinstraße habe man damals im Schulausschuss nicht ohne Grund getroffen.

Herr Burkhardt beantragte eine Verweisung an die Fachausschüsse.

Herr Marušić betonte wie dringend eine Entscheidung benötigt werde und versicherte, dass die vorgeschlagenen Änderungen eng mit den Schulen abgestimmt seien.

Herr Becker teilte mit, dass er einer Verweisung nicht zustimmen werde und erklärte, dass es schön wäre, wenn die betroffenen Schulleitungen in so einer Sitzung anwesend wären.

Der Antrag auf Verweisung an den Fachausschuss von Herrn Burkhardt wurde mit 4 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Danach wurde über den Änderungsantrag von Herrn Heinemann abgestimmt. Dieser wurde mit 6 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Im Anschluss wurde über die geänderte Beschlussvorlage abgestimmt.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-
Mehrheitlich zugestimmt

Der Rat stimmt den vorgeschlagenen Änderungen im Rahmen des Investitionsprogramms 2022 zu. ~~Die dargestellten Planungen für den Wirtschaftsplan 2023 werden unterstützt. Hierzu erfolgt die endgültige Beschlussfassung im Rahmen des Wirtschaftsplans 2023.~~

3.3 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022

282/2022

Herr Bruns führte kurz in die Beschlussvorlage ein. Er berichtete, dass der Auslöser für den Nachtrag der Zuschuss an das Klinikum sei, ohne diesen Zuschuss würde sich das Ergebnis verbessern. Durch den Nachtragshaushalt würden keine genehmigungspflichtigen Bestandteile geändert werden, so dass die Kommunalaufsicht den Nachtragshaushalt lediglich zur Kenntnis nehmen müsse.

Herr Hülsemann stellte danach den Nachtragshaushalt vor. Er informierte über die einzelnen Änderungen, die sich aus dem Nachtragshaushalt ergeben.

Auf Nachfrage von **Herrn Heinemann** erklärte **Herr Hülsemann**, dass für Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete am Anfang des Jahres Mittel für den Betrieb von 3 Monaten nachbewilligt worden seien, da diese Unterkünfte jedoch weiterhin im Betrieb sind, werden im Nachtragshaushalt weitere Mittel zur Verfügung gestellt.

Auf Bitten von **Frau Mandt** stellte **Herr Schönfelder** den Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Eingliederungshilfe von seelisch behinderten Kindern und Jugendlichen dar.

Herr Pommerenke führte aus, dass durch die Corona-Pandemie weiterhin 25 % der Einnahmen im Klinikum fehlen. Zusätzlich kommt es zu Verschiebungen der Abrechnungen mit den Kostenträgern aufgrund einer Gesetzesänderung. Dies führe zu einer Liquiditätslücke. Außerdem werde Liquidität benötigt um die Weihnachtsgelder auszusahlen.

Insbesondere auf Wunsch von **Frau Weinstock** und **Frau Mandt** erläuterten **Herr Bruns** und **Herr Pommerenke** die Entstehung der Liquiditätslücke des Klinikums. Es werde bis März mit einer Lücke von rund 12 Mio. € gerechnet, außerdem bestehen durch die Verzögerungen der Budgetverhandlungen weitere enorme Risiken. Es stehen aus den Verhandlungen noch 24 Mio. € aus, deren tatsächlicher Zahlungszeitpunkt unsicher sei. Sollten die Zahlungen sich bis zum Sommer nächsten Jahres verschieben, sei man mit 20 Mio. € Zuschuss auf der sicheren Seite.

Herr Bruns betonte, dass der Zuschuss nur bis zur tatsächlich benötigten Höhe ausgezahlt werde.

Herr Stoffers fragte, ob der Nachtragshaushalt mit der Kommunalaufsicht vorbesprochen sei und wie die dortige Reaktion gewesen sei.

Herr Bruns berichtete, dass ein Vorgespräch stattgefunden habe. Die Situation mit den finanziellen Schwierigkeiten der Krankenhäuser sei der Kommunalaufsicht bekannt, da viele Einrichtungen betroffen seien. Der Nachtragshaushalt sei nicht genehmigungspflichtig, daher habe die Kommunalaufsicht einen Monat Zeit diesen zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass die kommunalen Spitzenverbände bei Bund und Land deutlich gemacht haben, dass die Kommunen Unterstützung brauchen. Dabei sei auch auf die Situation der Krankenhäuser hingewiesen worden. Es wird gefordert, dass Bund und Land vollständig den Anstieg der Energiekosten übernehmen. Es könne nicht sein, dass Bund und Land sich aus der Verantwortung ziehen.

Noch diese Woche fände eine Oberbürgermeister-Konferenz in Goslar statt, dort werde auch wieder über die fehlende Unterstützung gesprochen.

Herr Schön, Herr Berner und **Herr Tönjes** forderten ebenfalls Unterstützung für die Kommunen.

Herr Bulla erkundigte sich nach der Liquidität der Stadt.

Herr Bruns informierte, dass die Liquiditätslage gut sei und regelmäßig eine detaillierte Liquiditätsplanung erfolge.

Frau Mandt fragte nach dem aktuellen Sachstand der Budgetverhandlungen.

Herr Pommerenke antwortete, dass die Verhandlungen für 2020 weitestgehend abgeschlossen seien und die für 2021 Mitte Oktober beginnen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022 der Stadt Wilhelmshaven.
2. Der Rat beschließt gem. § 182 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) auf die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2022 zu verzichten

3.4 Vorbereitung des Verkaufs des Grundstücks Grenzstr. 24 (alte Stadthalle) und Errichtung einer neuen Stadthalle **265/2022**

Herr Marušić führte in die Beschlussvorlage ein. Er betonte, dass eine Sanierung der Stadthalle nicht sinnvoll und auch nicht wirtschaftlich wäre. Mit der Beschlussvorlage solle nun Klarheit geschaffen werden.

Herr Bulla brachte einen Änderungsantrag der Fraktion WIN@WBV ein. Demnach soll für das Grundstück ein Interessenbekundungsverfahren eröffnet werden und der Rat soll sich grundsätzlich für die Notwendigkeit einer Stadthalle aussprechen. Dabei soll zukünftig das unternehmerische Risiko von einem privaten Betreiber getragen werden. Außerdem soll die Verwaltung beauftragt werden die Machbarkeit zu prüfen und die vorliegende Nutzungs- und Entwicklungsstudie zu aktualisieren. Abhängig vom Ergebnis soll dann ein geeigneter Standort für eine Stadthalle ermittelt werden.

Herr Schön teilte mit, dass die SPD-Fraktion die Beschlussvorlage und auch den vorgetragenen Änderungsantrag ablehne. Er sprach sich dafür aus den jetzigen Standort zu erhalten und die alte Stadthalle zu ertüchtigen, dabei verwies er auf die Einwohnerbefragung.

Herr Oberbürgermeister Feist entgegnete, dass die Bürger nicht den Standort Banter See ausgeschlossen hätten und man mit dem KSW-Gelände den Bürgern ein Teil des Banter Sees zurückgeben würde. Er hob hervor, dass die alte Stadthalle nicht zukunftsfähig sei und eine Sanierung im zweistelligen Millionenbereich liegen würde.

Herr Marušić erinnerte an das Gutachten, über welches bereits am 26.05.2021 im BGGs informiert wurde. Die Investitionsbedarfe bei der alten Stadthalle seien schon lange bekannt. Er bat darum nun eine Entscheidung zu treffen und nicht immer wieder die gleiche Diskussion zu führen.

Herr Berner hielt die Diskussion über eine Stadthalle aufgrund der aktuellen Finanzlage schwierig. Es seien momentan keine kommunalen Gelder für den Bau oder Betrieb einer Stadthalle verfügbar.

Herr Tönjes widersprach einer En-bloc-Abstimmung und betonte wie schwer es sei in Wilhelmshaven eine Stadthalle ohne Defizit zu betreiben.

Auf Nachfrage von **Herrn Becker** erklärte **Herr Oberbürgermeister Feist**, dass im Rahmen des Strukturhilfefonds eine Möglichkeit der Förderung bis zu 90% bestehe, dies werde jedoch bei jedem einzelnen Antrag geprüft. Um einen solchen Antrag zu stellen, müsste eine Kostenaufstellung vorliegen. Dafür müsste jedoch erst einmal entschieden werden, was genau gewünscht ist. Die Verwaltung sei überzeugt, dass Wilhelmshaven eine Stadthalle benötigt.

Frau Mandt erinnerte daran, dass aktuell Kosten für die alte Stadthalle anfallen ohne Nutzen. Sie erklärte, dass die CDU dem Änderungsantrag der WIN@WBV folgen werde.

Herr Walpurgis sagte, dass er sich schon 2018 für einen privaten Investor ausgesprochen habe. Eine Stadthalle könne nicht alleine von der Stadt betrieben werden.

Herr Tönjes stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung, damit der Änderungsantrag der WIN@WBV allen Ausschussmitgliedern in Papierform zur Verfügung gestellt werden könne.

Der Antrag auf Unterbrechung der Sitzung wurde einstimmig angenommen.

Nach der Sitzungsunterbrechung erklärte **Herr Oberbürgermeister Feist**, dass bezüglich des Interessenbekundungsverfahrens rechtlich geprüft werden müsse, in welchem Rahmen dieses erfolge. Außerdem erklärte er, dass die vorliegende Nutzungs- und Entwicklungsstudie von einer externen Firma erstellt worden sei und für eine Aktualisierung derzeit keine Mittel im Haushalt geplant seien.

Herr Berner stellte einen Antrag auf Vertagung, da man ohne die fehlenden Infos keine Entscheidung treffen könne.

Herr Bulla wies darauf hin, dass bei erfolgreicher Suche nach einem Investor der dritte Punkt des Änderungsantrages nichtig sei.

Herr Tönjes sprach sich gegen eine Vertagung aus, da die Verwaltung dann halt Mittel finden müsse.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass eine Prüfung zum Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens zeitlich nicht bis zur nächsten Sitzung möglich sei.

Der Antrag auf Vertagung wurde mit 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Frau Marxfeld teilte mit, dass die SPD sich enthalten werde, da dies zunächst in der Fraktionssitzung besprochen werden solle.

Anschließend wurde über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages der WIN@WBV abgestimmt.

1. Punkt:

-einstimmig zugestimmt-

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

2. Punkt:

-mehrheitlich zugestimmt-

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 4

3. Punkt:

-mehrheitlich zugestimmt-

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 7

Beschluss: - geänderter Beschlussvorschlag-

~~1. Der Rat beschließt das Grundstück Grenzstraße 24 als möglichen Standort für einen Neubau der Stadthalle auszuschließen.~~

1. Der Rat beschließt für das Grundstück Grenzstraße 24 ein Interessenbekundungsverfahren zu eröffnen, welches auf die Realisierung einer Stadthalle und/oder einer weiteren städtebaulicher Entwicklungsmöglichkeit abzielt.

~~2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Verkauf der Liegenschaft Grenzstr. 24, Jadezentrum, und Gerichtstr. 5, Parkhaus im Zentrum (PIZ) vorzubereiten~~

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven spricht sich grundsätzlich für die Notwendigkeit einer Stadthalle aus. Dabei soll zukünftig das unternehmerische Risiko von einem privaten Betreiber getragen werden.

~~3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven spricht sich für die Errichtung einer neuen Stadthalle aus.~~

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Interessenbekundungsverfahrens sowie der wirtschaftlichen und personellen Ressourcen zu prüfen. Die vorliegende Nutzungs- und Entwicklungsstudie wird zu diesem Zweck aktualisiert. Abhängig vom Ergebnis der Prüfung wird dann ein geeigneter Standort unter Einbindung der Ergebnisse der Einwohnerbefragung und dem Votum des Bürgerbegehrens, für eine Stadthalle ermittelt und das Ergebnis dem Rat zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.

~~4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und personellen Ressourcen zu prüfen. Die vorliegende Nutzungs- und Entwicklungsstudie wird zu diesem Zweck aktualisiert und auf Grundlage dieser ein geeigneter Standort für einen Neubau ermittelt und das Ergebnis dem Rat zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.~~

3.5 Einrichtung einer Beschwerdestelle für Pflegekinder gem. § 37b Abs. 2 KJSG **249/2022**

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Pflegekinder wird in der folgend dargestellten Form beschlossen.

3.6 Geschäftsstelle Prävention - Zuschuss zu den Sach- und Personalkosten des Vereins zur Förderung der kommunalen Prävention (VKP) in Wilhelmshaven für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2023 **251/2022**

Herr Heinemann fragte, warum der Zuschuss vor der Beratung des Haushaltsplanes 2023/2024 beschlossen werden soll.

Herr Schönfelder sagte, dass die Grundlage für die Vorlage ein vormaliger Beschluss des Rates sei und der Verein zur Förderung der kommunalen Prävention Planungssicherheit benötige.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Auf Grundlage der Beschlussfassung des Rates vom 25.11.2020 (Vorlagen-Nr. 300/2020) werden die Mittel für den VKP Verein zur Förderung der kommunalen Prävention in Wilhelmshaven e.V. für den Betrieb der Geschäftsstelle Prävention in Höhe von 57.000 € für das Haushaltsjahr 2023 eingestellt. Im Sinne der Gewährleistung einer Kontinuität dieses wichtigen präventiven Angebotes wird empfohlen, den Betrieb der Geschäftsstelle Prävention auch über das Jahr 2023 hinaus finanziell angemessen zu unterstützen. Der VKP wird aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zur Refinanzierung seiner Aufwendungen durch Dritte zu unternehmen, damit der Zuschuss der Stadt zurückgefahren werden kann.

3.7 Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung einer Beratungsstelle zu Impfnebenwirkungen **550/2022**

Herr Moriße brachte den Antrag der AfD-Fraktion ein.

Herr Berner sprach sich gegen den Antrag aus. Es gebe eine Meldestelle beim Bund und auch über Hausärzte erfolge eine Meldung beziehungsweise Beratung.

Herr Oberbürgermeister Feist betonte, dass es für den Antrag keinen Bedarf gebe. Es herrsche der Grundsatz der Nachrangigkeit, hier gehe es um Gesundheitsfragen und für diese seien die Ärzte zuständig, nicht die kommunale Verwaltung. Er wies außerdem darauf hin, dass im Antrag keine Finanzierung genannt worden sei.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Die Verwaltung wird beauftragt,

eine Beratungsstelle/Anlaufstelle für die Bürger einzurichten, an die diese sich bei Auftreten von Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden wenden können.

3.8 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: Sanierung und Ausbau Pumpwerk **556/2022**

Herr Bulla brachte den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV ein. Er wies darauf hin, dass in den bisherigen Fachausschüssen die Frist für die Vorlage eines Zuständigkeits-/ Umsetzungsplanes von September 2022 auf Ende 2022 geändert worden sei.

Herr Oberbürgermeister Feist hob hervor, dass die Verwaltung in jeder Sitzung neue Aufgaben erhalten würde, aber nicht genügend Personal habe. Das Aufgabenvolumen sei schon im aktuellen Umfang nicht umsetzbar. Auf ausgeschriebene Stellen gebe es teilweise keine Bewerbungen. Bei der Vergabe der Aufgaben an externe Unternehmen würden trotzdem personelle Ressourcen in der Verwaltung benötigt werden, da die Aufträge betreut werden müssten. Es sollte ein Gesamtkonzept aller Projekte erstellt werden und diese Projekte sollten dann mit allen Fraktionen priorisiert werden.

Herr Tönjes vertrat die Auffassung, dass eine solche Prioritätensetzung unbedingt in öffentlicher Sitzung stattfinden sollte, da dies transparent für den Bürger sein müsse.

Herr Becker zeigte Verständnis für die Personalsituation, entgegnete jedoch, dass die nicht jedes Projekt warten könne bis die Verwaltung wieder Kapazität hätte.

Herr Berner hielt eine Prioritätenliste für eine gute Idee. Dies solle jedoch nicht unabhängig von der Haushaltsplanung erfolgen, er schlug ein Workshop zu diesem Thema vor, bei dem auch bereits Kenntnisse zu den Haushaltseckdaten vorliegen.

Herr Heinemann erinnerte daran, dass der 04. November, der ursprünglich gemeinsam mit dem 05. November für die Klausurberatungen reserviert gewesen sei, noch zur Verfügung stehe, da Herr Bruns bisher nur den 05. November abgesagt habe. An diesem Termin könne dann ein solches Thema besprochen werden und eine allgemeine Klausurtagung zwischen Rat und Verwaltung durchgeführt werden.

Herr Diers erklärte, dass die Planungen bezüglich des Pumpwerkes schon weit vorangeschritten seien und dies auch schon viele Jahre Thema sei. Er bat darum das Projekt nicht zu verschieben.

Herr Oberbürgermeister Feist betonte, dass die Sanierung des Pumpwerkes gewünscht sei und man die Förderung aus der Strukturhilfe in Anspruch nehmen möchte, dafür aber Personal benötigt werde. Es sei fahrlässig solche Projekte mit zu wenig Personal anzugehen.

Herr Schön fand eine Prioritätenliste ebenfalls eine gute Idee, sagte jedoch, dass der Rat die Aufgabe habe zu sagen, was gewünscht wird und die Verwaltung dieses umzusetzen habe. Er schloss sich den Aussagen von Herrn Diers an.

Herr Berner merkte an, dass es nicht sinnvoll sei auf den Antrag zu bestehen, wenn Verwaltung diesen nicht umsetzen könne. Er sprach sich für den Termin am 04. November aus und anschließenden regelmäßigen Tagesordnungspunkten im Ausschuss, damit der Oberbürgermeister über die Sachstände berichten könne. Er stellte daher einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung.

Der Antrag auf Vertagung wurde mit 4 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss wurde über den Antrag abgestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Es wird beauftragt, dass das durch die Strukturhilfen finanzierte Projekt „Sanierung und Ausbau Pumpwerk“ ohne weiteren Zeitverzug umgesetzt wird. Die Verwaltung soll im Rahmen der Ratssitzung im September 2022 einen konkreten Zuständigkeits-/Umsetzungsplan vorlegen und anschließend über den Fortschritt der Maßnahme quartalsweise berichten. Notwendige Beschlüsse/Beteiligungen sind sofort zu veranlassen.

3.9 gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV: 557/2022
„Entwicklung Leitbild Wilhelmshaven 2045“

Herr Bulla brachte den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU und WIN@WBV ein.

Herr Oberbürgermeister Feist führte aus, dass bis zum Jahresende ohne Ferien nur noch 8 Wochen Zeit liegen. Der Antrag erwecke Sympathien, sei jedoch in dem genannten Zeitrahmen nicht umsetzbar.

Herr Tönjes sagte, dass Step Plus wieder in die richtige Bahn gelenkt werden müsse und dann als Rat gemeinsam ein Leitbild erarbeitet werden sollte. Dies sei nicht Aufgabe der Verwaltung.

Herr Becker stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung.

Der Antrag auf Unterbrechung wurde mehrheitlich angenommen.

Die Sitzung wurde unterbrochen.

Nach der Unterbrechung schlug **Herr Bulla** ein Kompromiss vor und änderte den Antrag. Die Firstsetzung wurde gestrichen und es wurde die Bedingung „sobald notwendige personelle Ressourcen vorliegen“ eingefügt.

Herr Oberbürgermeister Feist zeigte sich dankbar für den Kompromiss und erklärte, dass die Umsetzung im ersten Halbjahr 2023 realistisch sei.

Herr Tönjes erinnerte daran, dass beim Thema Kulturentwicklungskonzept ähnliche Aussagen getätigt worden seien und dort noch keine Ergebnisse vorlägen.

Es wurde über den geänderten Antrag abgestimmt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Ratssitzung im September 2022 zu prüfen, welche konkreten Schritte zur Entwicklung eines Leitbildes „Wilhelmshaven 2045“ im Einklang mit dem Projekt „Regionalmanagement Strukturwandel Kohleausstieg“ nötig sind. Als Basis sollen die Ergebnisse des 2014 vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungsplan „StepPlus“ dienen. Das Leitbild „Wilhelmshaven 2045“ soll unter anderem als Grundlage für die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans (FNP) dienen und - ähnlich wie der Prozess StepPlus eine Bürgerbeteiligung vorsehen.

3.10 Antrag CDU-Fraktion: Umwidmung Stelle Tourismuskonzept**562/2022**

Herr Bulla brachte einen Änderungsantrag ein. Demnach soll die Verwaltung beauftragt werden die organisatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die vom Rat beschlossene Stabsstelle für die Begleitung des Tourismuskonzepts insbesondere räumlich bei der WTF zu positionieren und mit weiteren strategischen Aufgaben für den Bereich Tourismusstärkung in Wilhelmshaven erweitert wird. Außerdem sollen die erforderlichen Schritte um eine zielführende Verzahnung mit den für den Tourismus verantwortlichen Institutionen zu gewährleisten in Absprache mit der WTF und TANO eingeleitet werden.

Herr Oberbürgermeister Feist erinnerte daran, mit welchen Zielen die Stelle damals eingerichtet worden sei und dass die Zielerreichung mit dem Antrag gefährdet sei. Er regte an, dass die Stelle im Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement angesiedelt wird. Damit gebe es eine Nähe zur Wirtschaftsförderung und die Stelle habe weiterhin Zugriff auf andere Fachbereiche.

Herr Schön schloss sich dem Vorschlag von Oberbürgermeister Feist an.

Herr Bruns erklärte zum ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion, dass bei Übergang der Stelle nicht automatisch die Mitarbeiterin zu WTF wechseln würde. Man habe als Stadt Wilhelmshaven einen Arbeitsvertrag geschlossen. Eine Personalgestellung sei umsatzsteuerpflichtig.

Außerdem merkte **Herr Bruns** an, dass der Rat für die Dezernatsverteilung zuständig sei, die Entscheidung über die räumliche Verteilung der Mitarbeiter lege aber bei der Verwaltung.

Herr Stoffers zog angesichts der Diskussion den Antrag der CDU-Fraktion zurück.

Beschluss: -zurückgezogen-

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die vom Rat beschlossene Stelle für die Begleitung des Tourismuskonzepts aus dem Stellenplan 2023/24 zu streichen und bei der WTF zu schaffen.

Bis zur Schaffung der Stelle bei der WTF ist die Stelleninhaberin der WTF zuzuweisen. Die erforderlichen Schritte hat die Verwaltung in Abstimmung mit der WTF einzuleiten.

3.11 Antrag WIN@WBV-Fraktion: "Beauftragung eines geeigneten Dienstleisters für die Begleitung der Erstellung wesentlicher Grundlagen für ein Kulturentwicklungskonzept"**568/2022**

Herr Bulla brachte den Antrag der WIN@WBV-Fraktion ein und berichtete, dass diesem im Ausschuss für Kultur einstimmig zugestimmt worden sei.

Herr Tönjes sprach sich für den Antrag aus und erkundigte sich wie der aktuelle Sachstand zum Kulturentwicklungskonzept sei.

Herr Schönfelder erklärte, dass im Ausschuss für Kultur regelmäßig berichtet werde. Aktuell sei keine der beiden Stellen besetzt und die Kulturverwaltung könne mit so einem Beschluss leben.

Herr Bruns teilte mit, dass der nicht angefallene Personalaufwand nicht zur Deckung herangezogen werden könne. Die Mittel für Personal und die Mittel für Sachaufwand seien nicht deckungsfähig.

Herr Schönfelder sagte, dass die Mittel für die Denkmalpflege nicht ausgeschöpft worden seien und diese als Deckung verwendet werden könnten.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in 2022 einen Dienstleister zu beauftragen, der die wesentliche Grundlage für das in 2019 durch den Rat beauftragte Kulturentwicklungskonzept erstellt. Dieser soll insbesondere mit Hilfe von Experteninterviews der jeweiligen Leiter der Kultureinrichtungen und des Kulturausschusses die Erwartungen für eine zukünftige Zusammenarbeit, Prozesse und Kompetenzen der für die Kultur verantwortlichen Stelle definieren.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **278/2022**

Herr Heinemann bedankte sich bei den Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Eheleute Rosemarie und Klaus Dieter Preuss, Am Fort Schaar 22, 26389 Wilhelmshaven	350,00 €	Geldspende für die Freiwillige Feuerwehr Wilhelmshaven

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

5.1.1 Zukunft des Fachbereiches 03 - Wirtschaft und Regionalmanagement

Herr Oberbürgermeister Feist informierte darüber, dass Herr Janßen in den Ruhestand gegangen sei und nun Frau Schute ab den 01. November die Leitung des Fachbereiches Wirtschaft und Regionalmanagement übernehmen werde.

Frau Schute stellte sich kurz vor und berichtete über ihre bisherigen Aufgabenfelder bei der Stadt.

Herr Heinemann erkundigte sich, wer dann die Geschäftsführung der JadeBay übernehmen werde.

Herr Oberbürgermeister Feist antwortete, dass im Rahmen der Gesellschafterversammlung über die Nachfolge beraten werde. Er betonte dabei die aktuelle hohe Bedeutung der Gesellschaft und verwies auf den kürzlich erhaltenen Förderbescheid als Zukunftsregion.

5.2 Strukturwandel

Frau Dr. Ernst hielt einen Vortrag über den Strukturwandel. Dabei berichtete sie über die aktuellen Projekte und deren Sachstand. Außerdem berichtete sie über das Vorgehen für einen strategischen Gesamtrahmen. Das Ziel seien Beschlussvorlagen für den Kreistag des Landkreises Friesland und für den Rat der Stadt. Diese Vorlagen sollen dann den Rahmen für die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes, für die Wärmeplanung und für ein Flächennutzungskonzept bilden.

Herr Burkhart erkundigte sich, warum der Fokus bei der Online Beteiligung für den strategischen Gesamtrahmen auf die Bevölkerung im Alter von 16 bis 45 liege.

Frau Dr. Ernst erklärte, dass der Prozess generell für alle Altersklassen offen sei, die genannte Gruppe jedoch besonders schwer zu erreichen sei.

Herr Bulla, Frau Dr. Ernst und **Herr Oberbürgermeister Feist** tauschten sich über die Chancen und Risiken der Zusammenarbeit mit dem Landkreis Friesland aus.

5.3 Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung

Herr Leonhardt informierte, dass die WFG für die Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung zuständig sei und er daher regelmäßig im Ausschuss informieren werde.

Er stellte kurz die aktuellen Maßnahmen, wie das Welcome-Center, und deren Sachstand vor. Außerdem gab er einen kurzen Ausblick auf die geplanten Projekte.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:28 Uhr

Bruns
Stadtrat

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin